K1-139 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 138 bis 141:
Privatisierungen der Vergangenheit waren schwere Fehler, die die Berliner*innen teuer zu stehen gekommen sind. ~~Für die Zukunft wollen wir unsere öffentlichen Unternehmen fit machen, damit sie ihre Aufgaben gut und bürgernah erfüllen können - ganz gleich ob es dabei um die Krankenversorgung, um Wohnen, Wasser, Strom oder die Abfallwirtschaft geht.~~Deshalb werden wir dafür eintreten, dass die im Verantwortungsbereich des Landes Berlin liegenden Unternehmen sowohl ihre Beschäftigten, wie auch die in ihren jeweiligen Tochterunternehmen angestellten Mitarbeiter, nach den jeweils gültigen Tarifen fair entlohnen. Das beinhaltet keine weiteren Ausgründungen vorzunehmen und bereits gegründete Tochterfirmen inklusive Personal rückzuführen. Dieser Prozess sollte mit der Vivantes-Tochter "Therapeutische Dienste GmbH" beginnen.

Damit treten wir gegen prekäre Beschäftigung im Verantwortungsbereich des Landes Berlin ein und sorgen für eine gesicherte öffentliche Daseinsvorsorge.

Wir machen unsere öffentlichen Unternehmen fit für die Zukunft, damit sie ihre Aufgaben gut und bürgernah erfüllen können - ganz gleich ob es dabei um die Krankenversorgung, um Wohnen, Wasser, Strom oder die Abfallwirtschaft geht.

Begründung

Indem wir diese Forderung mit aufnehmen vernetzen wir uns gut in Berlin und setzen ein deutliches Zeichen gegen Ausgliederungen zum Zwecke der Tarifflucht.

Erst unlängst, am 24.02.16, hat sich der Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin in seiner Antwort auf Petition Nr. 5687/17 gegen Ausgründungen ausgesprochen: "Der Hauptausschuss lehnt Ausgründungen bei landeseigenen Unternehmen mit dem Ziel der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grundsätzlich ab."

Aktuell sind in Berlin 40% der Menschen prekär beschäftigt. Menschen, die in prekären finanziellen Verhältnissen leben können ihr Konsumverhalten nicht an nachhaltigen und/oder ökologischen Kriterien orientieren und damit nicht zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft beitragen. Zudem werden sie durch Altersarmut unseren Kindern und Kindeskindern finanziell zur Last fallen. Auch kurzfristige Sparvorteile für die Landeskasse in der Gegenwart rechtfertigen es nicht, diese Bürde den Nachfolgenden aufzubinden.

Unterstützer*innen

Stefan Ziller, KV Marzahn-Hellersdorf; Inka Seidel, KV Marzahn-Hellersdorf